New York

London

Paris

Jakarta

LAIF (O.); SOUZA / AFP (U. L.); AFP (M.R.); HARVA / REUTERS (R. U.)

Pro-palästinensische Demonstrationen: *„Eine Schlacht gegen Israel, mit Medien statt Raketen“*

NAHOST

Flucht in die Einsamkeit

Mit der blutigen Militäraktion gegen den Schiffskonvoi nach Gaza hat Israel die radikale Hamas aufgewertet, sich die Türkei zum Feind gemacht und international für Empörung gesorgt. Sogar engste Verbündete zürnen wegen der Alleingänge der Regierung Netanjahu.

Im Hafen von Gaza-Stadt hat die Hamas ein Zelt aufgebaut, geschmückt mit türkischen Flaggen. Eigentlich sollten hier die etwa 700 ausländischen Friedensaktivisten auf ihren sechs Schiffen begrüßt werden, die zum ersten Mal seit dem Krieg vor anderthalb Jahren die Blockade des Küstenstreifens durchbrechen wollten. Doch jetzt wartet hier nur die Führungsriege der Hamas, die Männer blicken zum Horizont.

Irgendwo dort hinten wurde Montagmorgen vergangener Woche, kurz nach vier Uhr früh, das unter der Flagge der Komoren fahrende Schiff „Mavi Marmara“ von einem Spezialkommando der israelischen Marine geentert.

Die Soldaten der Einheit „Schajetet 13“, die sich von einem Hubschrauber abseilten, seien von den Passagieren auf dem Oberdeck mit Stöcken und Messern angegriffen worden – sagen die Israelis. Die Soldaten hätten auf friedliche Aktivisten ohne Vorwarnung geschossen – sagen die Palästinenser. Sicher ist: Neun Aktivisten starben.

Doch die Hamas-Männer im Hafen von Gaza sehen nicht allzu traurig aus. Es könnte für die Herrscher über die 1,5 Millionen Palästinenser im Gaza-Streifen nicht besser laufen. Sie sagen: Bald werden noch mehr Schiffe versuchen, die Blockade zu durchbrechen, zuerst die „Rachel Corrie“, ein verspäteter Frachter aus dem Hilfskonvoi, dann Boote aus der Türkei, Irland, Bahrain, Kuwait, Algerien – doppelt, ja dreimal so viele wie vergangenen Montag.

„Wir versuchen, nach dem Angriff auf die ‚Mavi Marmara‘ eine Schlacht gegen Israel zu führen, mit Medien statt Raketen“, sagt ausgerechnet Mohammed Abu Ensura, Kampfname Abu Radwan, vom Komitee für Öffentlichen Widerstand, jener Institution also, die sonst eher tätliche Angriffe auf Israel plant. Die Hamas habe sich zum Stillhalten entschlossen, sagt er: „Wir wollen, dass die Welt die Menschen von Gaza als Opfer wahrnimmt.“

Mit jedem Tag der vergangenen Woche wurde deutlicher, dass dieses Kalkül aufzugehen scheint. Selten war die internationale Empörung über Israel so groß. Nicht nur die üblichen Verdächtigen in Teheran und Damaskus erregten sich, auch Israels Verbündete im Nahen Osten gingen auf Distanz. Die türkische Regierung, die die meisten Todesopfer auf der „Mavi Marmara“ zu beklagen hatte, warf Israel „Piraterie“ und „Banditentum“ vor. Ägypten machte seine Grenze zum Gaza-Streifen auf und verabschiedete sich damit von der gemeinsam mit Israel getragenen Blockadepolitik.

IMAGO

Premier Netanjahu: *Gaza – ein „iranischer Hafen“*

Beim EU-Russland-Gipfel forderten Präsident Dmitrij Medwedew und EU-Außenministerin Catherine Ashton das sofortige Ende der Gaza-Blockade, Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon nannte Israels Politik „unrecht“, und sogar die chinesische Führung, die sich sonst aus dem Nahost-Konflikt herauszuhalten pflegt, zeigte sich „schockiert über Israels Angriff“.

Jerusalems Militäraktion – wie immer ihr genauer Ablauf gewesen sein mag – wurde zum Desaster für den Judenstaat. Während die einen noch einigermaßen diplomatisch den Vorwurf der „Maßlosigkeit“ formulierten, schrieb die Hamburger „Zeit“ von einem „Staat, der zunehmend wie in einer moralischen Sonderwelt agiert, bedrängt vom Gefühl des Alleinseins und dadurch vermeintlich ermächtigt zu rücksichtslosem Zuschlagen“.

Zwei Dinge hat die Tragödie vom vorigen Montag gezeigt: dass Israel politisch immer mehr vereinsamt und dass die Abschottung des Gaza-Streifens ebenso ineffizient wie sinnlos ist.

Es bleibt die Frage, wohin der Tumult um die Gaza-Flottille führt. Zu einer Überprüfung des Boykotts? Zum Umdenken in der politischen Elite Israels? Zum Einlenken der militanten Hamas-Führer? Oder zum Gegenteil? „Der Mechanismus von Gewalt und Gegengewalt, der Kreislauf von Hass und Rache“, fürchtet der Schriftsteller David Grossman, sei „in eine neue Runde von unabsehbarem Ausmaß eingetreten“.

Deswegen reagieren nun auch jene gereizt, die trotz der Alleingänge des Benjamin Netanjahu bislang Geduld aufbrachten. US-Präsident Barack Obama fordert eine umfassende Untersuchung, Bundeskanzlerin Angela Merkel verlangte gar, ungewohnt harsch, eine internationale Beteiligung an den Ermittlungen.

Die diplomatischen Schäden sind unübersehbar. Gerade noch atmete die Welt auf, weil die Palästinenser sich zu indirekten Friedensgesprächen durchgerungen hatten – da sinken die Erfolgschancen schon wieder. Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas muss gegenüber Israel nun Härte zeigen, um vor seinem Volk nicht das Gesicht zu verlieren.

Auch schärfere Sanktionen gegen Iran wurden durch die Attacke vor der israelischen Küste wieder in Frage gestellt. Die USA, die einen einstimmigen Beschluss aller 15 Sicherheitsratsmitglieder anstreben, mussten die Beratungen verschieben, nachdem Ankara Widerstand ankündigte.

Denn dort, in der Türkei, bündelt sich nun der Zorn einer ganzen Region. In seltener Eintracht forderten Islamisten, Linke und Rechte Vergeltung. „Vom heutigen Tag an ist nichts mehr, wie es war“, rief Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in einer Rede vor Parteifreunden.

Der Blick in die Geschichte zeigt, was da diplomatisch zerstört worden ist: Die Türkei war der erste mehrheitlich musli-

Hauptschiff „Mavi Marmara“

Landeoperation „Sky Winds“

Aktivist El Sakka

AFP (L.); REX FEATURES / ACTION PRESS (M. O.); LAIF (M. U.)

Übergriff im östlichen Mittelmeer: *Am Abend um sechs gibt es Köfte und Gurkensalat, viereinhalb Stunden später erkennt der Kapitän*

Tränengas zum Frühgebet

Was ein Deutscher, ein Türke und ein Kanadier an Bord der „Mavi Marmara“ erlebten

Als er im Hafen Agios Nikolaos auf Kreta an Bord gehen will, soll der Hamburger Nader El Sakka, 58, eine vierseitige Verpflichtungserklärung unterschreiben: keine Gewalt, keine Waffen, für den Notfall aber bitte die Namen und Telefonnummern der Angehörigen – sonst keine Mitfahrt auf dem Konvoi nach Gaza.

Das Dokument ist auf Englisch, eine Sprache, die El Sakka, Kaufmann und Delegierter der Palästinensischen Gemeinde Deutschland, nicht gut spricht, und er füllt deshalb nur drei Zettel aus. Den vierten, glaubt er, kann er sich sparen. „Damit kam ich aber nicht durch“, sagt er. „Sie bestanden darauf, dass ich auch den vierten ausfülle.“

El Sakka schifft sich auf der „Challenger I“ ein, einem von acht Booten und Frachtschiffen, die – mit Zement, Baustahl, Medikamenten, Kinderspielzeug beladen – Richtung Gaza aufbrechen. Zwei Tage später steigt El Sakka vor der Küste Zyperns auf das türkische Passagierschiff „Mavi Marmara“ um. Es ist das Hauptschiff der kleinen Flotte und hat Gaza-Freunde aus einem Dutzend Länder an Bord, die meisten davon, gut 400, aus der Türkei.

El Sakka beschreibt die Stimmung an Bord als „euphorisch“, man hätte meinen können, sagt er, „wir sind auf einer schönen Kreuzfahrt“. Das Schiff ist über Satellit mit dem Internet und mehreren Fernsehstationen verbunden und sendet pausenlos Bilder und Interviews in die Welt hinaus. Ein Reporter des arabischen Nachrichtenkanals al-Dschasira schickt am Sonntagnachmittag einen Bericht, der Tage später Schlagzeilen macht. Eine Gruppe arabischer Aktivisten ist zu sehen. Sie skandieren: „Erinnert euch an Chaibar, Chaibar, Juden! Mohammeds Armee kehrt zurück!“

Das ist der sogenannte Intifada-Marsch, ein Kampfspruch, der an eine siegreiche Schlacht des Propheten gegen die Juden erinnert. El Sakka, ein erfahrener Palästina-Demonstrant, kennt die Parole gut – und mag sie nicht. „Wir vermeiden solche Sprüche auf unseren Veranstaltungen“, sagt er. „Ich habe diese Gruppe auf dem Schiff selbst nicht gesehen. Aber ich erkenne den Reporter wieder, der war eindeutig dort.“ Auch die anderen Bilder des Beitrags seien von der „Mavi Marmara“ – die Frau zum Beispiel, die am Ende an Deck steht und auf Arabisch sagt: „Wir haben jetzt eines von zwei Happy Ends vor uns: Entweder werden wir zu Märtyrern, oder wir erreichen Gaza.“

Am Abend um sechs gibt es Köfte und Gurkensalat, viereinhalb Stunden später erkennt Kapitän Mahmut Tural auf seinem Radar, dass sich israelische Schiffe nähern. Auf deren Aufforderung, er solle seinen Kurs ändern, antwortet er: „Negativ. Unser Ziel ist Gaza.“ Dann setzt er eine Übung an, um die Passagiere für den Notfall vorzubereiten. „Gleich nach dem Alarm aber machten die verschiedenen Gruppen mit ihren Ansprachen und Gesängen weiter“, sagt Nader El Sakkas Mitreisender Norman Paech, ein ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Partei Die Linke. „Ich blieb ein wenig an Deck und sah mir das an – aus ethnologischem Interesse.“ Dann geht er schlafen.

Die Aktivisten ahnen, dass ein Angriff bevorsteht. Sie beginnen, Wachen fürs Deck einzuteilen. Einer von ihnen ist der türkische Arzt Mahmut Coşkun, 40: „Für die Aufgabe wurden von der Statur her besonders kräftige Ärzte ausgewählt, weil wir ja Verletzte im Zweifelsfall unter Deck bringen müssten. Ich bin Notarzt bei einer Motorradstaffel. Ich war gut vorbereitet.“ Auch Coşkun sieht Männer, die sich mit Gedichten und Liedern auf den Showdown vorbereiten, aber wirkliche Extremisten, sagt er, sind nicht an Bord: „Es hatten sich 5000 bis 6000 Leute für die Mission beworben, Radikale wurden nicht mitgenommen.“

Um 4.02 Uhr beginnt das Morgengebet, Männer gehen dazu in die unteren Decks hinunter. Minuten später legen längsseits Schnellboote der israelischen Marine an, die Soldaten werfen Schock- und Tränengasgranaten aufs Deck.

Nader El Sakka, der auf dem Oberdeck steht, versucht, mit seiner Digitalkamera Fotos zu machen, traut sich aber nur, seinen Arm über die Reling zu halten. „Der Krach auf den unteren Decks war so laut, dass ich minutenlang gar nicht mitbekam, dass wenige Meter über meinem Kopf bereits der erste Helikopter knatterte.“

Er läuft hinunter, um nach seinem Freund Paech zu sehen. Männer, die offenbar Erfahrung mit Tränengas haben, drücken ihm eine aufgeschnittene Zwie-

Israelische Schnellboote

CIHAN / DPA

israelische Schiffe auf dem Radar

bel in die Hand. „Schmier deine Stirn damit ein, sagten sie mir. Das hilft!“

Auf dem Hauptdeck beobachtet der kanadische Menschenrechtler Kevin Neish, 53, wie sich Männer auf den Kampf vorbereiten. Einige tragen Gasmasken, einer hat „so eine Kinderzwille“ in der Hand, andere Holzstücke und Metallrohre. „Für mich sah das ziemlich kümmerlich aus. Manche haben sich was aus dem Mülleimer besorgt, Holzschachteln, Batterien, sogar eine Kokosnuss hat sich einer herausgefischt.“

Bewegte Bilder von der nun folgenden Landeoperation „Sky Winds“ gibt es zunächst nur von der israelischen Armee. Sie zeigen Soldaten, die sich von Helikoptern abseilen und von den Männern an Bord mit Stangen und Knüppeln niedergeprügelt werden. Gegen Ende der Woche tauchen dann Details aus den beschlagnahmten Filmen der Aktivisten auf, darunter einige, die selbst die Israelis überraschen: Auf einem der Bänder, berichtet die Zeitung „Jediot Acharonot“, ist eine „arabisch aussehende Frau“ zu sehen, die mit einer Stange versucht, Männer davon abzuhalten, einen israelischen Soldaten zu verprügeln. Auch „einige linksgerichtete europäische Aktivisten versuchen, die Soldaten zu schützen“.

Bilder, auf denen zu sehen ist, wie acht türkische Aktivisten und ein Amerikaner getötet werden, gibt die Armee bis Freitagabend nicht frei. Die Soldaten hätten wahllos in die Menge gefeuert, behaupten türkische Aktivisten nach ihrer Heimkehr. Sie hätten aus Notwehr gehandelt, sagt die Armee.

Nader El Sakka flieht aufs Unterdeck, als er merkt, dass mit scharfer Munition geschossen wird. Neben dem Schlafsaal ist das Lazarett, er beobachtet, wie immer mehr Tote und Verwundete heruntergebracht werden, auch drei verletzte Soldaten sind darunter.

Nach einer Stunde endet die Schießerei, eine Durchsage kommt, das Schiff stehe jetzt unter israelischem Kommando. Alle Passagiere, auch El Sakka und Paech, werden gefesselt und gezwungen, sich auf dem blutverschmierten Oberdeck hinzuknien. Vier Stunden lang dauert die Tortur. Paech und die beiden Bundestags-Abgeordneten Inge Höger und Annette Groth stellen später Strafanzeige gegen unbekannt, Straftatbestände: Freiheitsberaubung und Kriegsverbrechen gegen Personen sowie „Vorgesetztenverantwortlichkeit“.

Noch einmal zehn Stunden dauert es, bis die „Mavi Marmara“ im Hafen von Aschdod eintrifft. Fast alle Aktivisten werden in ein Gefängnis gebracht, dann aber entschließt sich Israels Regierung, sie alle abzuschieben – gegen wütende Proteste in Israel: „Weißt du, was die einzige Schuld unserer Armee ist?“, fährt ein Demonstrant eine israelische Friedensaktivistin an: „Dass sie das Schiff nicht versenkt und alle an Bord umgebracht hat!“

mische Staat, der Israel nach seiner Gründung 1948 anerkannte. Was als Zweckgemeinschaft im Kalten Krieg begann, wurde Mitte der neunziger Jahre zur strategischen Allianz. Israelische Kampfpiloten trainierten über Anatolien, die Türken erhielten israelische Militärtechnologie.

Premier Erdogan allerdings hatte es zunehmend schwer, die Nähe zum „zionistischen Staat“ vor seiner konservativ-muslimischen Wählerschaft zu verteidigen – zumal die Israelis den Verbündeten immer wieder provozierten. In Ankara ist unvergessen, dass israelische Soldaten um die Jahreswende 2008/09 in den Gaza-Streifen einmarschierten, während die Türkei noch Friedensgespräche zwischen Israel und Syrien moderierte. Seither ließ Erdogan keine Gelegenheit aus, die Israelis an den Pranger zu stellen.

„Die Feindschaft der Türkei ist so stark, wie ihre Freundschaft wertvoll ist“, drohte Erdogan vergangene Woche Israel.

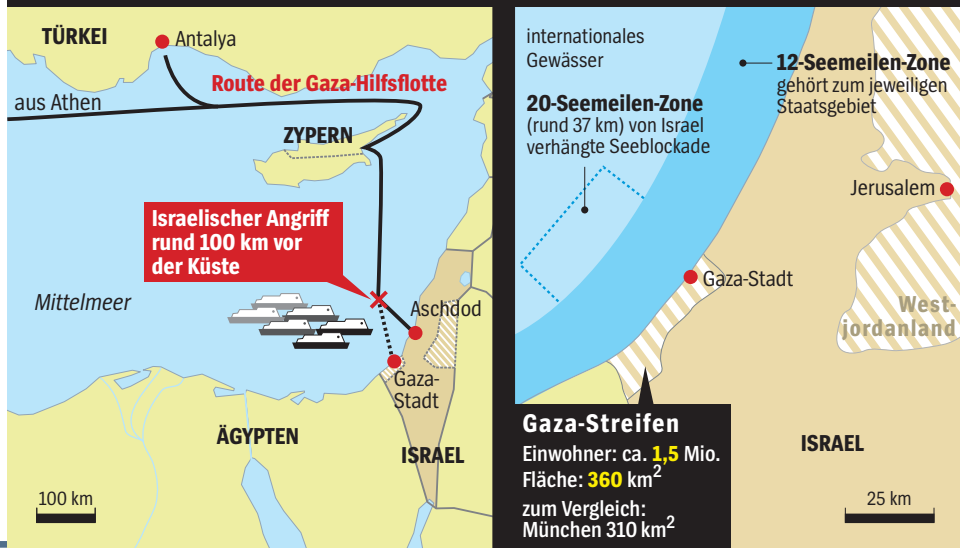
Jerusalem sieht in der Türkei den Schuldigen an der Eskalation vor Gaza. Die Flotte sei schließlich von der türkischen Wohlfahrtsorganisation IHH organisiert worden, die Verbindungen zum weltweiten Dschihad hat. Hätte Israel die Flotte passieren lassen, so Regierungschef Netanjahu, wäre Gaza zu einem „iranischen Hafen“ geworden, in dem „Hunderte Schiffe mit Raketen andocken“.

Das war nicht nur übertrieben, sondern auch falsch. Die Aktivisten hatten keine Waffen an Bord, es wäre nicht gefährlich gewesen, sie nach Gaza zu lassen. Netanjahus Vorgänger Ehud Olmert hatte derartige Schiffe mehrfach passieren lassen. Und es gab Alternativen: Die israelische Marine hätte die Schiffsschrauben lahmlegen können, sagt der Schriftsteller Henning Mankell, der sich an Bord der Pro-Gaza-Flotte befand (siehe Interview Seite 126).

In Israel übten nur ein paar Linke Kritik an der Militäroperation. Sogar Oppo-

Der Gaza-Flotten-Zwischenfall

DER SPIEGEL



SPIEGEL GESCHICHTE

wire.

VON
5.45 UHR
BIS ZUR STUNDE
NULL

Geschichten hinter der Geschichte:

Was im September 1939 mit dem Überfall auf Polen beginnt, setzt rasch Europa und die Welt in Brand. Kurzzeitig wird Hitlers Reich zur Vormacht auf dem Kontinent. Doch als der Diktator die Sowjetunion angreift und im Bund mit Japan den USA den Krieg erklärt, wendet sich das Blatt. Im Mai 1945 muss das Regime vor der gewaltigen Übermacht der Gegner kapitulieren.

Jetzt in SPIEGEL GESCHICHTE.
Für 7,50 Euro im Handel.

Jetzt im Handel.

Im Abo günstiger:
spiegel-geschichte.de/abo
oder
018 02/77 55 66*

*6 Ct./Anruf aus dem deutschen Festnetz; Mobilfunk max. 0,42 Euro/Min.

sitionsführerin Zipi Livni sicherte Netanjahu Unterstützung zu. Auf die internationale Empörung antworten Israels Politiker mit Trotz.

Auch an Zynismus mangelt es nicht, zum Beispiel was die Palästinenser im Gaza-Streifen angeht. Daniel Seaman, der Chef des staatlichen Presseamts, empfahl allen in Israel akkreditierten Korrespondenten vorvergangene Woche per E-Mail ein Restaurant in Gaza-Stadt: „In Erwartung der ausländischen Korrespondenten, die nach Gaza reisen werden, um über die angeblichen humanitären Schwierigkeiten in dem von der Hamas beherrschten Gebiet zu berichten, freut sich das Presseamt, auf die mitgesandte Speisekarte und die Informationen zum Roots Club hinweisen zu können.“ Man höre, Beef Stroganoff sei zu empfehlen.

Samir Badr, 53, der Chefkoch des Roots, ist verunsichert, was er von der israelischen Empfehlung halten soll. Er steht in seiner Küche am Gasherd und röstet Auberginen. „Wenn die Israelis wüssten, wie schwierig es ist, alle Zutaten für ein Beef Stroganoff zu bekommen!“ Es fängt mit dem Fleisch an, die Rinder kommen aus Israel, aber oft gibt es gar kein Fleisch, Sahne auch nicht, sie würde den Transport durch die Tunnel nicht überstehen. Das Gemüse kommt aus Gaza, ist aber häufig verunreinigt, weil es zu wenig Strom gibt und die Abwässer kaum noch geklärt werden. Außerdem sind Herdplatten defekt, und Teller, Gläser, Besteck sind knapp.

„Natürlich verhungern wir nicht – dank der internationalen Hilfe und der Vereinten Nationen“, sagt Samir Badr, „aber wir leiden unter der Blockade.“ Was in den Gaza-Streifen hineindarf, entscheiden die Israelis. Ihre Politik entbehrt jeder Logik. Einer internen Liste der Armee zufolge ist Zimt erlaubt, Koriander aber nicht, Plastikeimer und Haarkämme ja, Blumentöpfe und Spielzeug nicht. So sind die Palästinenser auf die Schmugglertunnel an der Grenze zu Ägypten angewiesen, aber dieser Weg ist teuer.

„Die Israelis zeigen auf die wenigen guten Dinge in Gaza, aber sie reden nicht von der Mehrheit der Leute, denen es schlechtgeht“, sagt Basil Nasser, 44, einer der Besitzer des Roots, und er ist wütend. „Ja, es gibt genug zu essen in Gaza, aber Armut ist mehr. Armut ist, wenn die jährlich 15 000 Uni-Absolventen um Jobs als Kellner betteln müssen, wenn eine Großfamilie in einem einzigen Zimmer lebt, wenn im Krankenhaus die wichtigen Medikamente fehlen. Das ist Armut.“

Seit Wochen wollen die Deutschen mit dem Bau eines Klärwerks im Zentrum des Gaza-Streifens beginnen, doch die Israelis behindern die Einfuhr der Baumaterialien. Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel erwägt sogar, seinen Besuch in Jerusalem Mitte Juni abzusagen, wenn es

NIR ELIAS / REUTERS (O.); GETTY IMAGES (U.)

Pro-Israel-Demonstration in Tel Aviv*
„Kreislauf von Hass und Rache“

keine Fortschritte gibt oder die Israelis ihn nicht in den Gaza-Streifen reisen lassen. Niebel gehörte bislang nicht zu den Israel-Kritikern – er ist Mitglied der deutsch-israelischen Gesellschaft und arbeitete als Jugendlicher in einem Kibbuz.

Sein Beispiel zeigt, dass sich auch bei Israel-Freunden die Stimmung wendet. Zwischen Angela Merkel und Benjamin Netanjahu zeichnet sich seit Monaten schon ein Zerwürfnis ab. Vor dem Antrittsbesuch Netanjahus in Berlin verlangte der Sicherheitsberater der israelischen Regierung, Merkel dürfe den Siedlungsbau nicht öffentlich zur Sprache bringen. Doch die Kanzlerin forderte – im Beisein Netanjahus, vor laufenden Kameras – einen Stopp des Siedlungsbaus.

Auch die USA, Israels wichtigster Verbündeter, hegen Zweifel an den guten Absichten der israelischen Regierung. Mossad-Chef Meir Dagan warnte vergan-

* Am 3. Juni vor der türkischen Botschaft.

„Israel hat keine Wahl“

Martin Indyk, 58, einst US-Botschafter in Jerusalem, über Barack Obamas Balanceakt in Nahost

SPIEGEL: Berater von Präsident Obama reden offen darüber, dass Amerikas Gaza-Politik gescheitert ist. Welche Lehren zieht Washington aus den Vorfällen vor der israelischen Küste?

Indyk: Die USA werden stärker denn je versuchen, Israel einen Ausweg aus seinem Dilemma aufzuzeigen. Bislang muss sich Jerusalem entscheiden, ob es seine eigenen Bürger beschützt oder die im Gaza-Streifen bestraft. Bestraft es die Menschen in Gaza, zieht es aber den Zorn des Rests der Welt auf sich – also ist das nicht wirklich eine Wahl. Deswegen sagen viele Regierungsvertreter, darunter Außenministerin Hillary Clinton, dass es so nicht weitergehen kann.

SPIEGEL: Wird Amerika auf ein Ende des Gaza-Embargos drängen?

Indyk: Das halte ich für unwahrscheinlich. Wie sonst ließe sich derzeit sicherstellen, dass Israel nicht wieder Angriffe aus Gaza fürchten muss? Es gibt eine kurzfristige Lösung: Israel erlaubt die Einfuhr von mehr Waren, hält aber die Blockade aufrecht. Doch es stimmt, langfristig braucht die Region einen anderen Ansatz: Die Hamas muss sich verpflichten, auf Gewaltakte von Gaza aus zu verzichten – und Israel im Gegenzug die Blockade aufheben.

SPIEGEL: Präsident Obama balanciert auf dünnem Eis: Er muss den Frust der arabischen Welt über die israelische Flotten-Attacke ernst nehmen. Andererseits ist er auf Jerusalems Kooperation angewiesen.

Indyk: Obama will den Fokus wieder auf die Friedensverhandlungen lenken. Dafür hatte er vorige Woche Benjamin Netanjahu nach Washington eingeladen. Um Fortschritte zu machen, braucht er Israel als Partner. Lässt der Präsident den Verbündeten wegen der Gaza-Krise fallen, kann er das vergessen.

SPIEGEL: Die Beziehung Obamas zu Minsterpräsident Netanjahu ist gestört – weil der Israeli Amerikas Forderungen nach einem Ende des Siedlungsbaus in palästinensischen Gebieten einfach ignorierte.

Indyk: Seit der vergangenen Woche arbeiten Präsident Obama und Netanjahu enger zusammen als je zuvor. Sie telefonieren ständig miteinander, sie tauschen sich über jeden Aspekt der aktuellen Situation aus. Die jüngste Krise könnte ihr Verhältnis also sogar verbessern.

SPIEGEL: Viele Israelis glauben, dass Obama ihrem Land nicht so verbunden ist wie seine Vorgänger.

Indyk: Dieses Gefühl wird nicht einfach verschwinden. Aber Israel ist derzeit mehr denn je auf die USA angewiesen. Beinahe der ganze Rest der Welt kritisiert Israel – die Annahme, Amerika sei derzeit der einzige Freund Israels, ist in Jerusalem momentan besonders ausgeprägt.

SPIEGEL: Amerika braucht aber auch Partner in der arabischen Welt. Schwindet das Vertrauen, das Obama sich dort erworben hat, nicht bereits wieder?

Indyk: Die Lage in Gaza ist mittlerweile für Araber und Muslime tatsächlich das größere Problem, nicht das Scheitern der Nahost-Friedensverhandlungen. Leider hat unser enger Verbündeter, die Türkei, vorige Woche dieses Gefühl mit seiner scharfen Israel-Kritik noch angeheizt. Das war nicht gerade hilfreich.

SPIEGEL: Könnte die Haltung Ankaras nun sogar härtere Sanktionen gegen Irans Nuklearprogramm verhindern – die sowohl Amerikaner wie Israelis wollen?

Indyk: Gut möglich, dass die Türkei nun im Uno-Sicherheitsrat gegen diese Sanktionen stimmt. Aber wenn die fünf ständigen Ratsmitglieder weiterhin dafür sind, werden die Strafmaßnahmen gegen Teheran kommen.

„Auf dem Tiefpunkt“

Der frühere türkische Premier Mesut Yilmaz, 62, über die schwere Krise im Verhältnis zu Israel

SPIEGEL: Nach dem Angriff auf die „Mavi Marmara“ sind die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel zerrüttet. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan spricht von „Staatsterrorismus“. Hat er recht?

Yilmaz: Ein unbewaffnetes Schiff wurde in internationalen Gewässern geentert, dabei griffen die israelischen Streitkräfte zu unverhältnismäßig brutalen Mitteln. Das war ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht.

SPIEGEL: Es sei den Aktivisten nicht darum gegangen, Hilfsgüter nach Gaza zu bringen, sondern die Seeblockade zu durchbrechen, behaupten die israelischen Militärs.

Yilmaz: Für so eine Sichtweise habe ich überhaupt kein Verständnis. Wenn die Aktivisten tatsächlich nur die Aufmerksamkeit der Medien gewinnen wollten, dann haben ihnen die Israelis erst recht geholfen, dieses Ziel zu erreichen.

SPIEGEL: Die Israelis behaupten auch, an Bord der „Mavi Marmara“ seien Unterstützer der Hamas gewesen.

Yilmaz: Natürlich gibt es in der Türkei Sympathisanten der Hamas. Aber das ist kein Rechtfertigungsgrund für das Vorgehen Israels. Die israelischen Behörden müssen jetzt nachweisen, ob tatsächlich Waffen an Bord waren.

SPIEGEL: Hätte die türkische Regierung die Organisatoren der Gaza-Hilfsflotte nicht von ihrem Vorhaben abbringen müssen?

Yilmaz: In der Tat hat unsere Regierung in dieser Krise versagt. Es war klar, dass die israelische Seite es nicht zulassen würde, dass der Konvoi in Gaza einläuft. Trotzdem hat die türkische Regierung diplomatische Kanäle ungenutzt gelassen. Die Tragödie auf der „Mavi Marmara“ hätte verhindert werden können.

SPIEGEL: Die Türkei arbeitet seit langem auch militärisch mit Israel zusammen. Sind Sie für eine Fortsetzung dieser Kontakte?

Yilmaz: Wir sollten die aktuelle Krise nutzen, um unsere militärische Abhängigkeit von Israel deutlich zu reduzieren.

SPIEGEL: Täuscht der Eindruck, Ankara reiche heute lieber Iranern und Syrern die Hand?

Yilmaz: Die Türkei hat im israelisch-palästinensischen Konflikt stets eine distanzierte Haltung eingenommen. Erst die jetzige Regierung wollte eine Vermittlerrolle im Nahost-Konflikt spielen, hat sich mit ihren allzu engen Kontakten zur Hamas aber ziemlich unglaubwürdig gemacht. Trotzdem: Dass unsere Beziehungen zu Israel an einem Tiefpunkt angekommen sind, dafür mache ich vor allem Israel verantwortlich.

SPIEGEL: Müssen wir mit einem Abbruch der türkisch-israelischen Beziehungen rechnen?

Yilmaz: Das türkische Parlament hat vergangenen Mittwoch eine Resolution verabschiedet, welche die Regierung auffordert, alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu Israel zu überprüfen. Das bedeutet, dass unser bilaterales Verhältnis auf absehbare Zeit beschädigt ist.

IBRAHIM USTA / AP

Trauermarsch für Angriffsopfer in Istanbul
„Unsere Regierung hat versagt“

genen Dienstag vor dem Auswärtigen Ausschuss der Knesset, Obama erwäge, Jerusalem eine Friedenslösung zu diktieren. „Israel entwickelt sich allmählich für die USA von einer Bereicherung zu einer Belastung“, sagte Dagan.

Auf der New Yorker Konferenz zum Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen stimmten die Amerikaner gar einer Erklärung zu, die von Israel verlangt, Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde ins Land zu lassen. Netanjahu schäumte: Bislang gibt Israel nicht einmal zu, Atomwaffen zu besitzen.

Ende vergangener Woche sitzt Dani Ajalon, 54, Vize-Außenminister Israels, in der Business-Lounge des Tel Aviver Dan-Hotels. Er blickt auf das Meer, irgendwo da draußen sind die nächsten Pro-Gaza-Schiffe schon unterwegs. Ajalon war Karriere-Diplomat, zuletzt Botschafter in Washington, bevor er der Partei von Avigdor Lieberman beitrat. Seit der Regierungsübernahme ist er nicht gerade durch diplomatische Umgangsformen aufgefallen. Er war es, der den türkischen Botschafter Anfang des Jahres demütigte, indem er ihm vor laufenden Kameras den Handschlag verweigerte und ihn auf einem deutlich niedrigeren Sofa platzierte.

Es sagt viel über Israels Regierung aus, dass sie Ajalon vorschickte, um sieben Stunden nach Erstürmung der „Mavi Marmara“ erstmals Stellung zu nehmen. Der stellvertretende Außenminister sprach von einer „Armada von Hass und Gewalt zur Unterstützung der Terrororganisation Hamas“ und rief die Welt auf, nicht in die „Falle der Provokation“ zu tappen.

Inzwischen dämmert ihm, dass es Israel war, das den Aktivisten in die Falle ging. „Das hat der Hamas in die Hände gespielt“, gibt er zu. Die heftige internationale Kritik, auch von „unserer besten Freundin Angela Merkel“, hat ihn nachdenklich gemacht. Er sagt, dass an Bord der Schiffe auch „viele Menschen mit guten Absichten“ gewesen seien. Und dass sich Israel gegen eine Untersuchung der Vorfälle unter internationaler Beobachtung nicht sperren werde.

Zum Schluss des Gesprächs fällt ein Satz, der ein wenig hoffen lässt, dass die israelische Regierung vergangene Woche doch dazugelernt hat. „Vielleicht war es ein Fehler, die Schiffe zu stürmen.“

John Goetz, Juliane von Mittelstaedt, Ralf Neukirch, Gregor Peter Schmitz, Christoph Schult, Daniel Steinvorth, Volkhard Windfuhr, Bernhard Zand